

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 26.06.2025

Anfrage:

EU-Strafzahlungen wegen CO₂-Zielverfehlung im Verkehr - Auswirkungen und Handlungsoptionen für München

Der Bundesregierung droht, ab 2025 Strafzahlungen an die EU leisten zu müssen, da die nationalen CO₂-Minderungsziele im Verkehrssektor regelmäßig verfehlt werden.

Deutschland ist gemäß der EU-Lastenteilungsverordnung (Effort Sharing Regulation, ESR) verpflichtet, die CO₂-Emissionen in den nicht vom Emissionshandel erfassten Sektoren – insbesondere Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft – jährlich zu reduzieren. Aktuellen Prognosen des Umweltbundesamtes¹ zufolge wird Deutschland allein im Verkehrssektor bis 2030 rund 169 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente mehr ausstoßen als erlaubt. Je nach Preis für CO₂-Zertifikate könnten daraus Strafzahlungen in Höhe von bis zu 16,2 Milliarden Euro resultieren.²

Diese Zahlungen würden erhebliche Mittel des Bundeshaushalts binden, die dringend für Investitionen in nachhaltige Mobilitätsprojekte benötigt werden – insbesondere für den Ausbau von Rad- und Fußverkehr, den öffentlichen Nahverkehr sowie die Flächenentsiegelung.

Städte wie München tragen maßgeblich zur nationalen Verkehrsbilanz bei und haben entsprechend großen Handlungsspielraum und Verantwortung. Sollten Strafzahlungen auf Bundesebene notwendig werden, könnte dies auch kommunale Haushalte indirekt betreffen, etwa durch reduzierte Fördermittel oder politische Auflagen.

Es ist daher von öffentlichem Interesse, wie München durch gezielte Maßnahmen zur CO₂-Reduktion im Verkehrsbereich beitragen kann, um solche finanziellen

¹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/szenarien-fuer-die-klimaschutz-energiepolitik/integrierte-energie-treibhausgasprojektionen#--2>

² <https://www.transportenvironment.org/de-deutschland/articles/fehlender-klimaschutz-im-verkehr-deutschland-drohen-als-schlusslicht-bei-eu-verpflichtungen-kosten-in-milliardenhoehe>

Belastungen zu vermeiden und gleichzeitig die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Zahlungen muss Deutschland voraussichtlich an die EU leisten, weil die CO₂-Ziele im Verkehrsbereich nicht eingehalten werden (nach aktueller Prognose, ggf. nach Jahren aufgeschlüsselt) und wie werden diese in den Bundeshaushalt eingestellt?
2. Welche Maßnahmen können wir als Stadt ergreifen, um aufzuzeigen, dass diese Zahlungen mit Investitionen in den ÖPNV und den Radverkehr oder die Verkehrswende auf kommunaler Ebene vermieden werden können?
3. Welche konkreten Schritte müssten in München umgesetzt werden, um zur Erreichung der Mobilitätsziele im Klimaschutz beizutragen?
4. Inwiefern ist München direkt oder indirekt von den drohenden Strafzahlungen betroffen – etwa durch Kürzungen bei Fördermitteln oder andere finanzielle Einschränkungen?

Initiative:

Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende, Stadträtin

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

Nicola Holtmann, Stadträtin

Dirk Höpner, Planungspolitischer Sprecher